

Stellungnahme des VII. Parteitages
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
zum Brief des Parteivorstandes
der westdeutschen Sozialdemokratie
und zur Erklärung
des westdeutschen Bundeskanzlers Kiesinger

Das Präsidium des VII. Parteitages hat zum Diskussionsbeitrag des Genossen Klaus Teschendorf aus Berlin Stellung genommen, der im Auftrag der Berliner Delegation zu dem allen Delegierten vorliegenden Brief des Parteivorstandes der SPD und zur Erklärung des westdeutschen Kanzlers Kiesinger gesprochen hat. Das Präsidium des VII. Parteitages erklärt sich mit den Darlegungen des Genossen Teschendorf einverstanden.

In seiner programmatischen Rede hat der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Walter Ulbricht, auch den Standpunkt unserer Partei zum Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten prinzipiell dargelegt. Im Unterschied zur Bonner Regierung gehen wir in unserer Politik von den Realitäten aus. Diese Realitäten besagen unwiderlegbar, daß heute zwei deutsche Staaten mit völlig entgegengesetzter Gesellschaftsordnung bestehen - die sozialistische Deutsche Demokratische Republik und die monopolkapitalistische Bundesrepublik. Eine Vereinigung der Herrschaft der Arbeiterklasse und des Volkes mit der Herrschaft des Monopolkapitals, des westdeutschen Feudaladels und der Hitlergenerale in *einem* Staat ist unmöglich.

Für die Deutsche Demokratische Republik und ihre freien staatsbewußten Bürger gibt es keine Rückkehr zum gesellschaftlichen Mittelalter.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Nationale Front und die Staatsorgane der Deutschen Demokratischen Republik bemühen sich, ein Verhältnis friedlicher Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Das ist nur möglich, wenn beide Staaten den Status quo anerkennen. Um zu einem friedlichen Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten zum Nutzen aller Deutschen und im Interesse der europäischen Sicherheit zu gelangen, sollten sich alle